61. Jahrgang No. 299

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Sonntag, 29. Juni 1913

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Sachsen a. Herzogt. Anhalt 20 Pf. wöchentl. bzw. 85 Pf. monatl. frei ins Haus, vierteljährl. M. 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich 90 Pf. und vierteljährl. M. 2.70. — Insertionspreis für die Zeile 50 Pf., Stellenangebote und Gesuche 40 Pf. Kleine Anzeigen: das Wort 8 Pf., jedes fettgedruckte Wort kostet 15 Pf. — Redaktion und Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Strasse 46-49. Tel.: Amt Zentrum, Nr. 10131—10142. Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin SW.

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Filialen: Prinzenstr. 41, Wiener Str. 1-6, Frankfurter Allee 91-93, Grosse Frankfurter Str. 81, Prenzlauer Allee 54, Schiffbauerdamm 4, Schulzendorfer Str. 27, Badstr. 50, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 45, Rathenower Str. 5, Potsdamer Strasse 85, Leipziger Str. 103, Blücherstr. 69, Charlottenburg: Tauentzienstr. 71, Kantstr. 24, Schauenburg. 39, Friedenau: Rheinstr. 39, Halensee-Grunewald: Hohenzollernplatz, Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 126, Lichterfelde-W.: Henriettenplatz, Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 126, Lichterfelde-W.: Carlstr. 1-2, Neukölln: Berliner Strasse 41, Pankow: Bornholmer Strasse 1, Schöneberg: Hauptstrasse 28-31, Martin-Luther-Strasse 9, Steglitz: Albrechtstrasse 136, Tegel: Berliner Strasse 29, Tempelhof: Berliner Strasse 104 a, Wilmersdorf: Uhlandstrasse 90-99, Brandenburg: Steinstrasse 1, Frankfurt a. O.: Regierungsstrasse 6, Potsdam: Brandenburger Str. 23, Spandau: Ipkite Str. 47

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Terrorismus.

Unsere Feststellungen, daß der von den sozialdemokratischen Wortführern selbst zugegebene, durch die Parteistatistik bestätigte Rückgang der Sozialdemokratie in Berlin in mittelbarem Zusammenhange steht mit dem von besonders fanatischen Parteigenossen geübten Werkstättenterrorismus, sind dem „Vorwärts" auf die Nerven gefallen. Er gibt dies zu erkennen durch einen sachlich gänzlich belanglosen Artikel; denn unsere tatsächlichen Feststellungen werden nicht widerlegt und können nicht widerlegt werden. Nur dadurch ist der Artikel bemerkenswert, daß er mit allgemeinen Redensarten die sozialdemokratischen Genossen zu beschwichtigen sucht, von der Art: daß der „Berliner Volks-Zeitung" „jedes Verständnis für die sozialdemokratische Bewegung abgeht"; daß wir uns ein „demokratisches Mäntelchen" umhängen; daß die „Volks-Zeitung" — dies als Schluß- und Knalleffekt — ein „Wolf im Schafskleide" sei.

Das Schaf im Wolfskleide, das diesen Unsinn im „Vorwärts" gegen die „Volks-Zeitung" verbricht, versucht allerdings neben der Produktion solcher kindlichen Mätzchen, über die wir nur lächeln können, etwas hervorzubringen, was wie eine Entschuldigung oder gar eine Rechtfertigung des vielbesprochenen und von den Arbeitern vielbeklagten Terrorismus aussieht. Aber auch dieser Versuch ist kläglich ausgefallen; denn was lesen wir zur Beschönigung des Terrorismus, mit dem die Abonnentenzahl des „Vorwärts" hochzuhalten versucht wird? Wörtlich:

„Weil unsere Genossen von ihrem Recht Gebrauch machen, ihre eigenen Kollegen auf ihre Klassenlage aufmerksam zu machen, ihnen die Pflicht nahelegen, sich in Reih und Glied mit ihren Klassengenossen zu stellen im Kampfe gegen das Ausbeutertum, deshalb treiben sie „Terrorismus", deshalb üben sie einen „Zwang auf ihre Arbeitskollegen" aus!"

Mit dieser Sophisterei wird der „Vorwärts" nicht einmal bei seinen eigenen Lesern Glück haben. Denn dagegen hat noch kein Mensch etwas einzuwenden gehabt, daß man Parteigänger durch das durchaus lohale Mittel der Ueberzeugung, der Belehrung, der Aufklärung zu gewinnen sucht. Ohne die Anwendung dieses allerorts als erlaubt und als sittlich angesehenen Mittels müßte jede Partei zugrunde gehen. Dagegen also ist von uns noch nie etwas eingewendet worden und wird auch nie etwas eingewendet werden. Nur gegen das gewalttätige Vorgehen wendet sich mit Recht das öffentliche Gewissen. Das Verwerfliche ist, wenn man jemanden, der sich nicht überzeugen lassen will, durch die Androhung wirtschaftlicher Nachteile, durch Verrufserklärung, durch Boykott, durch gesellschaftliche Aechtung zwingen will, eine ihm sonst nicht genehme Parteizeitung zwangsweise zu abonnieren, oder einer Partei, zu deren Grundsätzen er sich nicht zu bekennen vermag, zwangsweise anzugehören. Nur dieses Zwangsverfahren haben wir gegeißelt. Seit wann ist es demokratisch, mit solchen verwerflichen Zwangsmitteln gegen Arbeiter vorzugehen, die durchaus nicht „Vorwärts"-Leser oder Genossen werden wollen? Wenn der Staat diese Mittel anwendet oder das Unternehmertum, dann entrüstet sich die ganze sozialdemokratische Presse — mit vollem Recht! — gegen diese verwerflichen Mittel. Wenn aber fanatische Sozialdemokraten dieselbe Methode gegen Arbeiter anwenden, dann findet die sozialdemokratische Presse kein Wort der Verdammnis, im Gegenteil, sie beschönigt, sie billigt den Terrorismus! Ist das, mit Verlaub, die echte Demokratie gegenüber derjenigen, die dem Arbeiter auch gegenüber dem sozialdemokratischen Terror das Recht der individuellen Meinungsfreiheit sichert?

Warum haben wir uns denn der Arbeiter angenommen, die sich gegen den Fanatismus übereifriger Genossen zur Wehr gesetzt haben? Weil sie bei uns Schutz gesucht haben! Weil sie uns in beweglichen Klagen ihre Erlebnisse geschildert haben, die ihnen der Werkstättenterrorismus sozialdemokratischer Zeloten zu kosten gegeben hatte! Und warum haben wir, da die sozialdemokratische Presse von diesen Klagen nichts hören und nichts wissen will, auf das Gefährliche dieser Terrorismustaktik auch für die Sozialdemokratie wie für die deutschen Arbeiter selbst immer wieder hingewiesen? Weil eine Partei, die in ihren eigenen Reihen den Terrorismus nicht bloß duldet, sondern auch entschuldigt, beschönigt und fördert, dadurch das Recht verwirkt, dem Staat und dem Unternehmertum den Terrorismus zum Vorwurf zu machen, dessen sich beide zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung nur zu oft befleißigen! Man dient dem deutschen Arbeiter schlecht, wenn man sich die Waffe der Terrorismusbekämpfung aus der Hand schlagen läßt, weil man sie für die eigenen Zwecke gegen den Arbeiter gebraucht, den man mit der Weisheit kirre macht: „Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt."

Das ist der Grund: unsere ehrliche, wirkliche Arbeiterfreundlichkeit ist es, die uns veranlaßt, den Arbeiter vor dem Terrorismus, der ihm aus seinen eigenen Reihen droht, zu schützen. Nennt uns die sozialdemokratische Presse lächerlicherweise deshalb undemokratisch, deshalb scharfmacherisch, deshalb arbeiterfeindlich, so bleibt uns gegen dieses kindische Gebahren stets und ständig die tröstliche Ueberlegenheit des guten Gewissens und der gesunden Vernunft. Die hämischen Anzapfungen der sozialdemokratischen Presse können uns dieses wertvolle Besitztum um so weniger rauben, als gerade in Berlin die „Berliner Volks-Zeitung" sich des steigenden Vertrauens derjenigen Arbeiter erfreut, die mehr und mehr einsehen, daß die tatsächlichen Erfolge der Sozialdemokratie zu der Härte des von den Fanatikern der Partei geübten Terrorismus in einem eklatanten Mißverhältnis stehen!

*

Wir verwerfen, wie wir immer wieder betonen, den Terrorismus in jeder Gestalt, woher er auch kommen mag. Wir verwerfen ihn nicht bloß, wenn er vom Staate und den Arbeitgebern, sondern auch, wenn er von Arbeitern gegen Arbeiter ausgeübt wird. Es macht uns dabei keinen Unterschied, ob es sich um sozialdemokratische oder „christliche" Arbeiter, oder um Gewerkvereinler handelt. Darum veröffentlichen wir folgende Zuschrift:

„Es ist mir als Ihr treuer Abonnent bekannt, daß Sie völlig unparteiisch zu kritisieren pflegen, was der Kritik würdig ist. Das eigentlich hat mich zu Ihrem Abonnenten gemacht. Ich bitte Sie hierdurch um Aufnahme folgender Tatsache, die Sie am besten Terrorismus der Gewerkvereinler H. D. betiteln.

Ich bin seit acht Tagen in einer der ersten Schuhfabriken als Zuschneider vorübergehend eingestellt. Ich befand mich kaum einige Stunden im Betrieb, als ich schon nach meiner Organisationszugehörigkeit befragt wurde. Ich antwortete wahrheitsgemäß, daß ich weder dem Zentralverband, noch dem Gewerkverein angehöre. Ich glaubte nun, die Sache sei erledigt, ja Kuchen! Vier Tage später trat ein anderer Kollege an mich mit der barschen Frage heran: „Nun, wie steht's denn eigentlich mit deiner Organisation?" Er legte mir dabei ein Beitrittsformular des Gewerkvereins vor; ich antwortete höflich aber entschieden, daß dies einstweilen noch nicht die Hauptsache sei, vorläufig bin ich erst vier Tage hier, darüber läßt sich noch reden. „So sieht du aus, ein schöner Kollege bist du", und verschiedene andere, dem Papier nicht anzuvertrauende Ausdrücke (auch beteiligten sich noch zwei Kollegen daran), so daß ich schließlich wittend wurde und mir derartige Debatten während der Arbeitszeit energisch verbat und dabei drohte, falls mir Schwierigkeiten gemacht würden, würde ich mich an die maßgebende Instanz wenden. Das half, bis auf fortwährende indirekte Sticheleien. Ich wette, sollte man sie zur Rechenschaft ziehen, dann sind es harmlose Gespräche, die mit mir nichts zu tun haben. Daß man mich wie Luft behandelt, will ich nur nebenbei bemerken.

Da ich diese Situation nicht auf die Dauer aushalte, mir aber auch die Lust vergangen ist, diesem Verein beizutreten (da ich ein Freund freier Willensbestimmung bin, lasse ich keinen Druck auf mich ausüben), so werde ich wohl diesen Betrieb, der der beste in Berlin ist, wieder verlassen.

An dieser Stelle muß ich zur Ehre der freien Gewerkschaften gestehen, daß man niemals auf diese Art und Weise versucht hat, mich zu dem Verband zu zwingen; ich gab meine Zusicherung, daß ich mich an einer etwaigen Bewegung beteilige und damit war die Sache erledigt. Ich bitte nochmals, dieses Gegenstück von freigewerkschaftlichem Terrorismus der Oeffentlichkeit zu übergeben, vielleicht melden sich Kollegen, denen es ähnlich ergangen ist.

Hochachtend . . . . . .

Den Namen bitte ich nicht auszuschreiben, sonst könnte ich womöglich in anderen Betrieben dasselbe erleben müssen." (Uns hat der Einsender den Namen und die Wohnung genannt. Die Redaktion.)

Natürlich ist der Terrorismus einzelner Gewerkvereinler, von dem der Verfasser der Zuschrift erzählt, genau so verwerflich, wie der anderer Arbeiter. (Vielleicht findet sogar die sozialdemokratische Presse an diesem Terrorismus etwas auszusetzen, da er von nicht-sozialdemokratischen Arbeitern ausgeübt worden ist.) Auf alle Fälle sind wir überzeugt, daß die Leitung der Gewerkvereine H.-D. das Verhalten der terroristischen Gewerkvereinsmitglieder aufs schärfste mißbilligen wird. Denn nichts schadet einer Organisation selbst mehr, als die Anwendung von Gewaltmitteln. Die Leitung der Gewerkvereine wird es, so hoffen wir, an einer alsbaldigen Erklärung nicht fehlen lassen, in der sie vor einer Wiederholung ähnlicher Terrorismusakte aufs energischste warnen wird.

Sehr erfreulich sind die Erfahrungen, die der Einsender mit der Toleranz der freien Gewerkschaften seiner Branche gemacht hat. Gern buchen wir, objektiv wie wir sind, diese seine Angaben. Leider wird nicht überall nach diesem Beispiele gehandelt, wie unser an schweren Klagen über das terroristische Verhalten mancher Genossen nur allzu reiches Zuschriftenarchiv bekundet. Hoffentlich sehen indessen die Verfechter des Terrorismus möglichst bald ein, daß es für ihre Ziele besser ist, sie halten ihre Hände rein von diesem verwerflichen Treiben. Wir wären über nichts so glücklich, als daß wir dieses Kapitel wegen Mangels an Beschwerden zur Ehre der deutschen Arbeiterschaft dauernd schließen könnten, damit wir mit sämtlichen deutschen Arbeitern um so entschiedener und konsequenter den staatlichen und den Scharfmacherterrorismus bekämpfen können.

Kurze Chronik.

Die Ueberreichung des Memorandums in Petersburg, das den bulgarischen Standpunkt zu dem russischen Schiedsspruch über die strittige Zone betrifft, soll unmittelbar bevorstehen.

Wie das „Neue Wiener Abendblatt" aus Galatz erfährt, hat die rumänische Regierung ein allgemeines Ausfuhrverbot für Bulgarien erlassen.

Der frühere Präsident von Brasilien, Campos Salles, ist gestorben.

Reichstag, werde hart!

Das drakonische Urteil von Erfurt hat den seit Jahrzehnten aufgespeicherten Groll über das „mit Blut geschriebene" deutsche Militärstrafgesetzbuch zum Ueberlaufen gebracht, und, wenn die Anzeichen nicht trügen, so werden die sieben Landwehrmänner, die im Rausch gegen den „vorgesetzten" Gendarm handgreiflich geworden sind, die Veranlassung geben, daß endlich eine zeitgemäße Reform des militärischen Strafrechts wenigstens angebahnt wird. Alle großen Parteien des Reichstages — abgesehen natürlich von den auf der Rechten sitzenden Stockreaktionären und ihren wenigen Mitläufern — haben sich in der gestrigen stürmischen Sitzung die Ueberzeugung zu eigen gemacht, daß es so nicht weiter gehen kann, daß mit dem Widersinn, disziplinare Vergehungen unter allen Umständen mit der entehrendsten Strafe zu belegen, gebrochen werden muß. Von den Sozialdemokraten sprang der Unmut auf die Volkspartei, die Nationalliberalen, das Zentrum über, und am Schlusse der Sitzung lagen von allen vier großen Fraktionen gleichlautende Anträge vor: den §§ 100, 103 Abs. 1, 106, 107, 108 Abs. 2 und 110 des Militärstrafgesetzbuches wird folgender Absatz hinzugefügt: „Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe ein". Während aber die bürgerlichen Parteien die Anträge in der Form eines selbständigen Gesetzentwurfs, betreffend Abänderung des Militärstrafgesetzbuches eingebracht haben, wollen die Sozialdemokraten ganze Arbeit machen und bezeichnen ihren Antrag als eine Einfügung zur Heeresvorlage. Und die Fortschrittliche Volkspartei hat bereits gestern erklären lassen, daß, falls nicht eine bündige Erklärung der Militärverwaltung bezüglich dieses Notgesetzes zum Militärstrafgesetz erfolgt, sie dem sozialdemokratischen Antrage zustimmen werde.

Der Kriegsminister hat sich zwar gestern mit Händen und Füßen gegen Abgabe einer solchen Erklärung gesträubt, die dem Herrn v. Heeringen etwas plötzlich kommt, und er weigerte sich auch, eine solche für morgen zuzusagen; als aber die Linke fest blieb und ihm der Initiativantrag der vier Parteien präsentiert wurde, bequemte der General v. Heeringen sich zum Einlenken. Wie verlautet, hat im Anschluß an die gestrige Reichstagssitzung um 2 Uhr nachmittags eine Konferenz zwischen dem Kriegsminister, dem Generalleutnant v. Wachs und dem Unterstaatssekretär Wahnschaffe einerseits und den Abgeordneten Prinz v. Schönaich-Carolath, van Calker und Gröber andererseits im Reichstag stattgefunden, die das Notgesetz zum Militärstrafgesetzbuch zum Gegenstande hatte.

Herr v. Heeringen scheint also eingesehen zu haben — oder dieser Gedanke ist ihm von dem „vorgeordneten" Reichskanzler eingeflößt worden —, daß man mit einer bloßen Verweigerungstaktik nicht immer durchkommt. Daß selbst das Zentrum und die Nationalliberalen sich auf die Seite der Linken schlagen, mag seinem militärischen Gemüt zwar sehr schmerzlich sein, wird ihn aber doch vielleicht veranlassen, bis morgen die Unterlagen für die sofortige Fertigstellung des Notgesetzes zu beschaffen — es gibt ja die segensreiche Institution militärischer Diensttelegramme — und im Anschluß daran die Vorbereitungsarbeiten zur allgemeinen Reform des Militärstrafgesetzes mit Dampf zu betreiben.

Die Mehrheit des Reichstages aber, die gestern in wenigen Stunden dies Resultat erreicht hat, wird gut tun, nun nicht locker zu lassen. Besonders empfehlen wir der Volkspartei, jetzt Stange zu halten und die gestern vom Abgeordneten Dr. Müller-Meiningen ausgegebene Parole innezuhalten. Nicht eher darf über die Wehrvorlage abgestimmt werden, ehe nicht das Notgesetz beschlossen und vom Bundesratstische die bindende Zusage gegeben worden ist, daß es in kürzester Frist Gesetzeskraft erlangt. Der Reichstag hat gestern gesessen, daß er etwas erreichen kann, wenn er es will, und daß die Regierung ihm kommen muß, wenn er sie zwingt, denn sie braucht den Reichstag, nicht dieser die Regierung. Lange genug hat man in gewissen Kreisen die Resolutionspraxis des Reichstages, und besonders der bürgerlichen Linken, verhöhnt und verspottet. Wenn das Parlament jetzt nicht aufstrumpft und fest bleibt, dann hat es verspielt für alle Zeiten.

Die Konferenz über den Antrag Waldstein.

Die Konferenz zwischen Bevollmächtigten der Regierung und der Parteien des Reichstags, die, wie oben erwähnt, gestern nachmittag zusammentrat, um über den Antrag Waldstein zu beraten, dehnte sich bis 4 Uhr nachmittags aus, ohne zu einem Ergebnis zu gelangen. Der Kriegsminister v. Heeringen konnte für die verbündeten Regierungen eine Erklärung noch nicht abgeben, ob sie dem Gesetzentwurf zustimmen werden, zum andern kam auch unter den einzelnen Parteien noch keine Einigung darüber zustande, in welcher Höhe beim Vorliegen mildernder Umstände Gefängnis zu-